



NRW, 23.10.2024

Jugend vertritt Jugend

Stellungnahme für den Unterausschuss „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission)“ am 7. November 2024

Jugend vertritt Jugend (JvJ NRW) ist die gewählte Selbstvertretung für junge Menschen, die in stationären Einrichtungen der Erziehungshilfe in NRW leben. Wir sind elf junge Menschen aus stationären Erziehungshilfeeinrichtungen und setzen uns für die Interessen und Anliegen der Zielgruppe ein.

Jugend vertritt Jugend bezieht hiermit Stellung zu der Frage, welche Aspekte für den Schutz von jungen Menschen in stationären Einrichtungen der Erziehungshilfe von Bedeutung sind. Die Stellungnahme ist aus Sicht von uns jungen Menschen und auf der Grundlage unserer Erfahrungen aus dem Leben in Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe verfasst.

Auf die Frage, wie Einrichtungen der Erziehungshilfe gestaltet sein sollten, damit wir jungen Menschen uns dort wohl, geschützt und gut aufgehoben fühlen, müssen verschiedene Punkte betrachtet werden:

Besonders wichtig ist für uns, dass alle jungen Menschen ihre Rechte kennen und diese in den Einrichtungen eingehalten werden. Wir stellen immer wieder fest, dass viele junge Menschen nicht gut über ihre Rechte aufgeklärt sind oder Schwierigkeiten haben, ihre Rechte einzufordern, wenn es zu Verstößen kommt.

Damit die Kinderrechte in Wohngruppen umgesetzt werden, müssen auch alle Fachkräfte die Kinderrechte kennen. Ebenfalls sollte mehr kontrolliert werden, ob die Kinderrechte in den Einrichtungen eingehalten werden.

Von großer Bedeutung ist für uns auch das Recht auf Beteiligung. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, an allen Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt zu werden. Beteiligung sollte in allen Einrichtungen großgeschrieben und wirklich gelebt werden. Wir

wollen mitentscheiden, wenn es um unser Leben in Wohngruppen geht! So können wir Schutz gemeinsam entstehen lassen.

Damit sich junge Menschen für Ihre Anliegen einsetzen können, sollte es in allen Einrichtungen Selbstvertretungen (z.B. Kinder- und Jugendparlamente) geben. Wir erleben, dass es das noch nicht ausreichend in allen Einrichtungen gibt, obwohl es gesetzlich gefordert ist. Junge Menschen sollten dabei unterstützt werden, sich zusammenzuschließen und in ihrer Einrichtung für ihre Themen einzusetzen.

Pädagog*innen sollten Kinder und Jugendliche über aktuelle Themen in der Jugendhilfe besser aufklären. Junge Menschen möchten bei aktuellen Themen mitreden und sich einbringen können!

Weiter ist es für den Kinderschutz in Einrichtungen zentral, dass Einrichtungen Beschwerdemöglichkeiten zur Verfügung stellen und Kinder und Jugendliche diese kennen. Aus dem Kontakt mit verschiedenen jungen Menschen aus NRW wissen wir jedoch, dass viele junge Menschen die genauen Beschwerdemöglichkeiten der eigenen Einrichtung nicht kennen oder sich nicht trauen, diese zu nutzen. Manchmal gibt es diese auch noch nicht ausreichend. Das ist ein Problem, denn wenn Kinderrechte nicht eingehalten werden oder es zu Gewalt kommt, müssen wir uns beschweren können!

Beschwerdekonzepte müssen dabei so gestaltet sein, dass Beschwerden nicht nur innerhalb der Wohngruppen geregelt werden, sondern auch außerhalb offen besprochen werden.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz vor Gewalt. Für das Leben in Wohngruppen bedeutet das, dass junge Menschen sowohl vor Gewalt *in* Wohngruppen durch andere junge Menschen oder Fachkräfte geschützt werden müssen, als auch vor Gewalt *außerhalb* der Wohngruppen oder durch Menschen von außerhalb.

Ebenso müssen die Übergänge, also der Einzug in bzw. Auszug aus der Wohngruppe geschützt sein und unterstützt werden. Das bedeutet z.B. dem jungen Menschen auch nach dem Auszug zu helfen, damit der Übergang gelingt.

Es muss für alle klar sein, dass Gewalt nicht okay ist und was zu Gewalt zählt. Um Gewalt zu verhindern bzw. zu begegnen, braucht es Gewaltschutzkonzepte und Beschwerdekonzepte!

Damit wir uns in Wohngruppen wohlfühlen, ist eine vertrauensvolle Beziehung zu Pädagog*innen zentral.

Pädagog*innen sollten die Individualität eines jeden jungen Menschen achten und fördern. Wir wünschen uns, dass auf uns als individueller Mensch eingegangen wird und Probleme

individuell bearbeitet werden. Jeder Mensch ist anders und braucht auch etwas anderes, d.h. die eigene Individualität (z.B. bezogen auf Hobbies, Interessen, Freunde, Charakter, berufliche Perspektiven, LGBTQIA+) sollte geschützt werden. Wir wollen keinen Adultismus!

Auch sollten sich Pädagog*innen laufend fortbilden, um fachlich auf dem aktuellen Stand zu bleiben. Dazu gehören beispielsweise Fortbildungen zu Gesetzesänderungen oder aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Für uns ist ebenfalls wichtig, dass das Recht auf Privatsphäre geachtet wird. Dazu zählt z.B., dass der Datenschutz eingehalten wird, Pädagog*innen nicht mit anderen Bewohner*innen über unsere Probleme sprechen oder das eigene Zimmer nicht ohne Absprache betreten oder durchsucht wird.

Religionsfreiheit sollte gelebt werden, indem junge Menschen dabei unterstützt und gefördert werden, ihre Religion auszuüben, wenn sie das möchten.

Ein wichtiges Thema ist für uns auch, dass Wohngruppen LGBTQIA+-freundlich gestaltet sind. Wir als JvJ NRW haben gemerkt, dass queere junge Menschen in der Jugendhilfe noch immer mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert sind. Deshalb haben wir ein Forderungspapier zum Thema Queersein in der Jugendhilfe veröffentlicht, was hier zu finden ist:

[Eure und unsere Themen - Jugend vertritt Jugend NRW \(jvj-nrw.de\)](https://www.jvj-nrw.de/eure-und-unsere-themen-jugend-vertritt-jugend-nrw)

Weiter setzen wir uns gegen Vorurteile gegenüber jungen Menschen aus der stationären Erziehungshilfe ein. Hierzu haben wir eine Plakataktion unter dem #nichtsowiedudenkst in's Leben gerufen. Näheres hierzu finden Sie hier:

[Eure und unsere Themen - Jugend vertritt Jugend NRW \(jvj-nrw.de\)](https://www.jvj-nrw.de/eure-und-unsere-themen-jugend-vertritt-jugend-nrw)

Wir finden es wichtig, dass sich in den Wohngruppen gegen Vorurteile eingesetzt wird, damit man sich dort ernst genommen fühlt.

Auch braucht es unserer Erfahrung nach ausreichend Inobhutnahmeplätze als Notfallzimmer in Wohngruppen oder zur Kurzzeitunterbringung. So kann verhindert werden, dass junge Menschen bei ihren Eltern bleiben müssen, obwohl es ihnen dort nicht gut geht.

Kritisch sehen wir Angebote (teil-)geschlossener Gruppen, in denen junge Menschen zeitweise eingeschlossen werden. Diese sollten unserer Meinung nach abgeschafft werden!

Für das Leben junger Menschen in Wohngruppen ist des Weiteren der Kontakt zur Familie (Eltern, Geschwistern, Pflegefamilie, ...) und Freunden zentral. Gewünschte Kontakte sollten unterstützt und gefördert werden. Dazu gehört z.B., Besuchskontakte gut vorzubereiten, wenn längere Zeit kein Kontakt bestand oder bei der Kontaktaufnahme zu Eltern zu unterstützen, wenn das gewünscht ist.

Die Wohngruppe sollte ein Ort des Schutzes sein, was bei einigen jungen Menschen auch bedeuten kann, junge Menschen vor ihren Eltern zu schützen.

Leider begegnet uns im Alltag der Wohngruppe immer wieder das Thema, dass Küchen-/Vorratstüren abgeschlossen sind. Wir sehen dies kritisch, da junge Menschen jederzeit die Möglichkeit haben sollten, etwas zu essen, wenn sie Hunger haben. Und das auch dann, wenn sie nicht an einer bestimmten Zeit am Abendessen teilnehmen konnten, weil sie z.B. auf der Arbeit waren.

Junge Menschen haben ein Recht auf eine selbstbestimmte Sexualität! Wir wünschen uns, dass junge Menschen altersentsprechend aufgeklärt werden und Ihre Sexualität in einem geschützten Rahmen in der Einrichtung leben dürfen. Liebesbeziehungen sollten unterstützt und Besuchskontakte ermöglicht werden.

Gleichwohl müssen junge Menschen auch vor sexuellen Übergriffen geschützt werden und ermutigt werden, über Gewalt zu sprechen, wenn ihnen Unrecht widerfährt.

Um junge Menschen vor Alkohol- und Drogenmissbrauch zu schützen, benötigt es unserer Meinung nach vertrauensvolle Beziehungen, Fachkräfte, die sich mit dem Thema auskennen sowie gute Konzepte. Junge Menschen sollten deswegen nicht einfach aus der Wohngruppe rausgeschmissen werden – das hilft jungen Menschen nicht!

Ein weiteres Thema ist für uns der Umgang mit Geld. Wir haben ein Recht darauf, zu wissen, wie viel Geld wir haben und dieses ausgezahlt zu bekommen, ohne dafür vorher bestimmte Aufgaben erfüllen zu müssen. Zudem darf das Taschengeld nicht zur Bestrafung gekürzt werden. Wir haben ein Recht auf die bedingungslose Auszahlung unseres Taschengeldes!

Gleichzeitig wünschen wir uns Pädagog*innen, die uns beim Einteilen von Geld unterstützen, damit wir einen verantwortlichen Umgang mit Geld erlernen und nicht in Schulden geraten.

Auch möchten wir bezüglich unserer Freizeitgestaltung mitbestimmen. Dazu gehört beispielsweise, dass gemeinsam entschieden wird, welche Freizeitaktionen wann und wie unternommen werden.

Die Teilnahme an Gruppenfreizeiten/-urlaube sollte dabei nicht verpflichtend sein. Wenn einzelne junge Menschen stattdessen z.B. andere Angebote an Ferienfreizeiten wahrnehmen wollen und können, sollte es Ihnen erlaubt werden.

Weiter wünschen wir uns alternative Angebote für diejenigen, die nicht in den Ferien oder an Feiertagen zu ihren Eltern fahren können. Kinder und Jugendliche sollten mitbestimmen können, wo und wie sie Feiertage wie Weihnachten verbringen.